



Herausforderungen der ökonomischen Zeitenwende

-

**Eine Zukunft mit Wohlstand, Resilienz und Nachhaltigkeit
kommt nicht von allein**

Folgende Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsforums der SPD e.V. unterstützen dieses Papier:

Prof. Dr. Almut Balleer, Prof. Dr. Salvatore Barbaro, Prof. Dr. Christian Bayer, Prof. Dr. Peter Bofinger, Prof. Dr. Gerhard Bosch, Dr. Felix Butzlaff, Prof. Dr. Lena Dräger, Prof. Dr. Sebastian Dullien, Jana Faus, Prof. Dr. Ferdinand Fichtner, Dr. André Gärber, Prof. Dr. Britta Gehrke, Prof. Dr. Veronika Grimm, Prof. Dr. Anke Hassel, Dr. Till Patrik Holterhus, Prof. Dr. Gustav Horn, Prof. Tom Krebs, Ph.D., Prof. Dr. Carsten Kühl, Prof. Dr. Fabian Lindner, Prof. Dr. Andreas Löschel, StS a.D. Matthias Machnig, Dr. Claus Michelsen, Dr. rer. Pol. Gero Neugebauer, Prof. Dr. Dennis Ostwald, Sandra Parthie, Prof. Dr. Barbara Praetorius, Prof. Dr. Mario Stoffels, Prof. Dr. Jens Südekum, Prof. Dr. Alexander Thiele, Prof. Dr. Achim Truger, Prof. Dr. Enzo Weber



Russlands Angriffskrieg in der Ukraine hat neben der damit verbundenen Veränderung der geopolitischen Gesamtlage - denn Russland hat sich damit von geltenden internationalen Standards wie der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen verabschiedet - auch zu einer massiven Veränderung der Bedingungen und der Perspektiven der Weltwirtschaft mit entsprechenden ökonomischen Konsequenzen für Deutschland und Europa geführt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat von einer politischen Zeitenwende gesprochen. Diese politische Zeitenwende wird auch zu einer ökonomischen Zeitenwende in der Weltwirtschaft und für Deutschland und Europa führen. Unser Land muss sich auf eine veränderte ökonomische Zukunft einstellen. Das betrifft nicht nur das Thema Energieversorgung, auch wenn dies im Moment im Mittelpunkt steht, sondern wird Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft, bestehende Logistik- und Wertschöpfungsketten, und insgesamt für das Thema Wettbewerbsfähigkeit mit sich bringen.

Mehr als 140 Länder haben auf der UN-Generalversammlung den russischen Einmarsch in die Ukraine verurteilt. Präsident Putin hat sein Land in die politische Isolation geführt. Gegen Russland wurden von Seiten der EU und den USA die härtesten Sanktionen verhängt, die jemals gegen einen G20-Staat ausgesprochen wurden. Der Waren- und Dienstleistungshandel von Russland mit den westlichen Industrienationen wurde erheblich eingeschränkt und zum Teil komplett eingestellt. Die Sanktionen sind richtig und notwendig gewesen, um der russischen Aggression zu begegnen. Russland steht heute vor einer tiefgreifenden Rezession, wird auf lange Zeit in den Strukturen der Weltwirtschaft isoliert und wird nicht in der Lage sein, die notwendige Modernisierung und Diversifizierung der eigenen Wirtschaft voranzutreiben.

Die russischen Privatunternehmen sind gezwungen, 80 Prozent ihrer Euros und US-Dollar gegen den Rubel einzutauschen, um so den Wechselkurs zu stabilisieren und die Preise für Importgüter, gemessen in russischer Währung, nicht ins Unermessliche steigen zu lassen. Der Vorstoß des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, die europäischen Energieimporteure ihre Rechnung in Rubel begleichen zu lassen, war der Versuch, eine Antwort auf die westlichen Sanktionen zu geben und der Versuch, die Einigkeit der westlichen Staaten zu torpedieren und zu unterlaufen. Diesen Vorstoß der russischen Seite haben sowohl die Bundesregierung als auch die übrigen G7-Staaten abgelehnt. Er verstößt gegen geltende Verträge. Dieses taktische Verhalten der russischen Seite ist zurecht zurückgewiesen worden. Die EU und auch die Bundesrepublik haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, sich unabhängiger von russischen Energieimporten zu machen. Für bestimmte Energieträger wird dies zu unterschiedlichen Zeitpunkten gelingen. Das schwierigste Thema ist der Ersatz des russischen Gases sowohl für die Wärmeversorgung der Privathaushalte als auch für die gesamte Energieversorgung und als Rohstoff für die Industrie.



Ein Gas-Energie-Embargo, von wem auch immer ausgesprochen, hätte weitreichende energiepolitische und wirtschaftliche Konsequenzen. Wirtschaftsminister Habeck hat eine Notfallplanung angekündigt, die Bundesregierung prüft unterschiedliche Optionen für eine Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Energieimporten. Das ist richtig und notwendig.

Eines ist klar erkennbar: Das wirtschaftliche Wachstum, sowohl der Weltwirtschaft als auch in der EU, wird sich deutlich reduzieren. Der Sachverständigenrat hat gerade seine Wachstumsprognose von 4,6 Prozent im Jahre 2022 auf 1,8 Prozentpunkte gesenkt. Andere Institute kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist deutlich von 98,9 Punkten im Februar auf 90,8 Punkte im März gesunken. Dabei ist zudem zu berücksichtigen, dass die deutsche Wirtschaft beim Bruttoinlandsprodukt noch nicht einmal das Corona-Vorkrisenniveau erreicht hat. All diese Prognosen gehen dabei nicht davon aus, dass es zu einem Energieembargo kommt. Ein solches Embargo dürfte zu einer Rezession in Deutschland führen und den deutschen Arbeitsmarkt hart treffen und würde zu einer nochmals ungünstigeren ökonomischen und beschäftigungspolitischen Situation führen als in der Prognose zum Beispiel des Sachverständigenrates angelegt. Insbesondere der industrielle Sektor in Deutschland wäre von einer solchen Entwicklung betroffen, nicht alleine energieintensive Unternehmen im Bereich Stahl oder Chemie, sondern auch das verarbeitende Gewerbe, das in hohem Maße von Vorprodukten aus diesen Bereichen abhängig ist.

Diese Entwicklungen haben bereits heute massive Konsequenzen für das Investitionsverhalten von Unternehmen, es kann zu einem Investitionsattentismus in erheblichem Umfang kommen. Und dies in einer Phase, in der private Investitionen, zum Beispiel für die Diversifizierung unserer Energieversorgung, Energieeffizienz, Energieinfrastruktur, die Digitalisierung und die Transformation der Wirtschaft insgesamt gebraucht werden. In einer solchen Situation ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik gefordert. Sie hat erheblichen Einfluss auf die Sicherheit der Energieversorgung, die Sicherung der industriellen Basis in Deutschland, für Investitionen in Deutschland und nicht zuletzt auf die private Nachfrage der Konsumenten. Auf diese Herausforderungen muss die Politik der Bundesregierung reagieren. Dabei muss es um kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen gehen. Unternehmen und Verbraucher müssen entlastet werden, energieintensive Unternehmen brauchen wirtschaftliche Unterstützung, Investitionen in die nachhaltige Entwicklung und die Stärkung der ökonomischen Resilienz müssen auf den Weg gebracht werden. Wir schlagen vor, die Anstrengungen, Vorbereitungen und Planungen auf drei strategische Bereiche zu fokussieren.

Maßnahme # 1: Diversifizierung der Energieversorgung – Europäische Energiestrategie entwickeln und umsetzen

Die erste und wichtigste Aufgabe ist die rasche Diversifizierung der Energieversorgung durch die schnellstmögliche Unabhängigkeit von russischen Energieimporten und Maßnahmen für



einen schnelleren und gezielten Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energieinfrastruktur und der Kapazitäten für grünen Wasserstoff. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen daher deutlich beschleunigt werden. Die Bundesregierung muss dazu schnellstmöglich ein entsprechendes Maßnahmenpaket vorlegen. Wir brauchen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren ein Ermöglichungsrecht, damit Projekte beschleunigt realisiert werden können.

Dazu gehören auch neue Partnerschaften und Verträge mit Drittstaaten, um die Versorgung mit fossilen Energieträgern sicherzustellen und den zukünftigen Bedarf an grünem Wasserstoff in Europa und Deutschland zu decken. Diese Maßnahmen sollten europäisch abgestimmt und koordiniert sein und, wo möglich, auch der Einkauf europäisiert werden. Zudem müssen die Energieeffizienz erhöht und Energiesparmaßnahmen auf den Weg gebracht werden. Auch dazu bedarf es unterstützender finanzieller und rechtlicher Maßnahmen. Notwendig ist eine europäische Energiestrategie für die Erzeugung Erneuerbarer Energien, für leistungsfähige europäische Leitungsnetze, für den Bezug fossiler Energien und die Speicherung von Energieträgern.

Fachkräfte werden bei der Transformation zum Engpass. Deshalb müssen die Anstrengungen in der Ausbildungs-, Qualifizierungs-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik intensiviert werden.

Maßnahme # 2: Entlastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher

Wegen der hohen Energiepreise und der Inflation muss es eine Entlastungsoffensive geben. Zwei Aspekte sind dabei zu berücksichtigen: Bedürftigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Das Mobilitätsgeld geht in die richtige Richtung, ebenso Pauschalzahlungen für Grundsicherung und Kinderbonus, sowie vergünstigte Tickets für den ÖPNV, die die Bevölkerung spürbar entlasten werden – vor allem am unteren Ende und in der Mittelschicht. Das Maßnahmenpaket der Ampel-Koalition vom 24.3 kann jedoch nur ein erster Schritt sein.

Maßnahme # 3: Schutzschirm für Wirtschaft und Industrie

Die deutsche Wertschöpfung beruht noch immer in relativ hohem Maße auf industriellen Strukturen. Hier gilt es, einen abrupten Produktionsstopp im Falle eines Lieferstopps russischer Energie zu verhindern. Dort wo die Industrie ihre Produktion kurzfristig aussetzen muss, müssen Liquiditätshilfen bereitgestellt werden, denn viele Firmen leiden bereits heute unter Margin-Zahlungen und Liquiditätsengpässen und einem Abschmelzen des Eigenkapitals als Folge der Coronakrise. Auch Staatsbeteiligungen sollten kein Tabu sein. Mit dem Kurzarbeitergeld steht ein wichtiges Kriseninstrument zur Verfügung.



Die Möglichkeit für Verlustrückträge sollte um ein Jahr verlängert werden, die Obergrenze nach oben angepasst. Investitionen für Energieeffizienz, Dekarbonisierung, und Digitalisierung sollten auch durch die Möglichkeit eines 100% Sofortabschreibungsprogramms angeregt werden. Der Steuerungsanreiz hoher Energiepreise soll bei den unterstützenden Maßnahmen für die Industrie jedoch nicht außer Kraft gesetzt werden.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) aus der Coronakrise in Höhe von 150 Milliarden Euro umwidmen, um die Wirtschaft in dieser schwierigen Situation zu unterstützen. Das begrüßen wir. Damit könnten sowohl Schutzmaßnahmen als auch konjunkturelle und investitionspolitische Maßnahmen unterstützt und auf den Weg gebracht werden.

Die durch den nun nochmal beschleunigten Strukturwandel notwendigen Investitionen machen es nötig, dass der Staat in den Jahren 2022 und 2023 die wirtschaftliche Dynamik fördert und insbesondere öffentliche und privatwirtschaftliche Investitionen mobilisiert werden. Priorität müssen dabei Investitionen in die Resilienz unserer Wirtschaft, in zukunftsträgliche Sektoren und Technologien haben, die die digitale und nachhaltige Transformation unterstützen. Ob die Schuldenbremse angesichts der enormen Herausforderungen von Krisenbewältigung und Transformationsnotwendigkeiten in 2023 eingehalten werden kann, ist unsicher. Die weitere Nutzung der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse kann dem Rechnung tragen. Auch eine Reform der europäischen Schuldenregeln, die gegenwärtig diskutiert wird, muss auf den Weg gebracht werden, insbesondere im Hinblick auf staatlich unterstützte Zukunftsinvestitionen. Die langfristige Schuldentragfähigkeit der Mitgliedstaaten muss dabei berücksichtigt werden.

Eine Zukunft mit Wohlstand, Resilienz und Nachhaltigkeit kommt nicht von allein!

Für uns ist eines klar: Die skizzierte ökonomische Zeitenwende braucht neue, innovative Antworten bei Fragen der Finanzierung, der Investitions- und Innovationsförderung, der staatlichen Schwerpunktsetzung, der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik und der Zuwanderung vor dem Hintergrund des erheblichen Fachkräftebedarfs in Deutschland.